

Hermann Strasser  
Gerd Nollmann (Hrsg.)

# Endstation Amerika?

Sozialwissenschaftliche  
Innen- und Außenansichten



ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODEN GEWALT SPRACHE WIRTSCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTEXTUALISIERUNG ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT GERECHTIGKEIT STADT UMLAND RISIKO ERZIEHUNG GESELLSCHAFT RELIGION WIRTSCHAFTSPECIALISIERUNG RATIONALITÄT VERANTWORTUNG NICHT KRIZENS LEBENSSTIL DELIN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Hermann Strasser · Gerd Nollmann (Hrsg.)

Endstation Amerika?

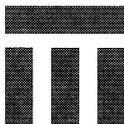
**Bücher sind nur dickere Briefe an Freunde**

Jean Paul

Hermann Strasser  
Gerd Nollmann (Hrsg.)

# Endstation Amerika?

Sozialwissenschaftliche  
Innen- und Außenansichten



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

1. Auflage Oktober 2005

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005

Lektorat: Frank Engelhardt

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.  
[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISBN-13: 978-3-531-14676-8

e-ISBN-13: 978-3-322-80764-9

DOI: 10.1007/978-3-322-80764-9

# Inhalt

Vorwort .....	9
Einleitung	
Amerika, hast du's besser?	
Hermann Strasser und Gerd Nollmann .....	11
Die transatlantischen Beziehungen	
Amerikas Rolle in der Welt und die Interessen der Europäer	
Helmut Schmidt .....	40
Die Stunde Null	
Die Besatzung. Amerikanisierung statt <i>reeducation</i> ?	
Zur Demokratisierung (West)Deutschlands durch amerikanische Militärherrschaft	
Uta Gerhardt.....	52
Die Zeitenwende	
Der wiedererwachte Systemkonflikt: Der „neue“ Bruch zwischen den USA und Europa ist eigentlich ein „alter“	
Alexander Stephan.....	73

## Das Leben

Keine Zeit? Arbeiten und Leben in Deutschland und  
in den Vereinigten Staaten

Karen Shire.....93

## Die Arbeit

*Hire and Fire*

Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild für Deutschland?

Wolfgang Streeck .....103

## Die Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit in Amerika. In den Vereinigten Staaten wird  
soziale Ungleichheit anders beurteilt als in Deutschland

Bernd Wegener.....118

## Die Politik

Reformblockade vs. Gestaltungswille?

Deutsche und amerikanische Politik im Vergleich

Richard Münch.....143

## Die Wirtschaft

Endstation Amerika? Deutschland und die USA auf dem Weg  
in die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft

Gerd Nollmann und Hermann Strasser.....166

## Der Glaube

Amerika und Europa: Zwei Wege zu Gott?

Claus Leggewie.....185

## Die Hochschule

Yale, Harvard &amp; Co: Mythos oder Modell für Deutschland?

Karl Ulrich Mayer.....202

## Die Kultur

Angst vor *McWorld*?

Die These von der McDonaldisierung aus heutiger Sicht

George Ritzer.....216

Autorenverzeichnis.....234

## Vorwort

Der vorliegende Band versammelt Beiträge, die im Rahmen einer Ringvorlesung zu den 28. *Duisburger Akzenten 2004* zum Thema „Endstation Amerika?“ am Campus Duisburg der Universität Duisburg-Essen als Vorträge gehalten und danach überarbeitet wurden. Als eines der bekanntesten Kultur-Festivals im deutschen Sprachraum stellen die *Duisburger Akzente* jedes Jahr ein herausragendes Thema aus verschiedenen Blickwinkeln öffentlich zur Diskussion.

Vom 24. April bis 16. Mai 2004 ging es darum, die zahlreichen Visionen, aber auch die Lebensweise und Erfahrungen der Amerikaner sowie die Strukturen der amerikanischen Gesellschaft einem deutschen Publikum näher zu bringen. Die Ringvorlesung wollte mit Hilfe von sozialwissenschaftlich aufbereiteten Innen- und Außenansichten profilierter Vortragender aus Deutschland und den USA auch einen Beitrag zur Aufhebung der Sprachlosigkeit in den deutsch-amerikanischen Beziehungen leisten.

Im Vordergrund standen nicht die politischen Verwerfungen, sondern die gesellschaftlichen Kontinuitäten und Unterschiede zwischen Amerika und Deutschland. Es galt, auf deren Entwicklungen Schlaglichter zu werfen, wichtige Probleme in beiden Gesellschaften aufzuzeigen und Lösungen, auch und gerade für die deutsche Gesellschaft, zur Diskussion zu stellen.

Dem Sozialwissenschaftler steht ja nur der Vergleich mit der eigenen Geschichte oder der Entwicklung in anderen Ländern als Quasi-Experiment zur Verfügung. Das gilt für die Antwort auf die Frage nach neuen Arrangements von Berufs- und Familienleben und des Arbeitsmarkts ebenso wie nach dem amerikanischen und deutschen Weg zu Gott, zur Gestaltung des Gemeinwesens und der Hochschulen, aber auch für die Frage, ob und inwieweit die amerikanische Konsum- und Populärkultur die Welt mit welchen Folgen „angloglobalisiert“. Dabei sollten weder die Diagnosen noch die Therapievorschläge zu kurz kommen.

Dieser Vergleich zwischen den USA und Europa bzw. Deutschland stand im Mittelpunkt der einzelnen Vorträge, die hier in überarbeiteter Form wiedergegeben werden. Die beteiligten Autoren nahmen sich als Lieferanten verwertbaren Wissens die Freiheit, gelassen und, wo immer möglich, die Divergenzen und Konvergenzen menschlichen Verhaltens und sozialer Strukturen in Amerika und Europa nicht normativ zu betrachten. Jedem einzelnen der Ringvorleser gebührt unser aufrichtiger Dank für die ausgezeichneten Präsentationen, die ausführlichen Diskussionen mit dem aufgeschlossenen Publikum und die Bereit-

schaft, ihre Gedanken auch einem breiten Publikum über eine Artikelserie in der *Rheinischen Post* nahe zu bringen.

Gerne haben wir den Festvortrag von Altbundeskanzler Helmut Schmidt über den Stand der transatlantischen Beziehungen zu den *Duisburger Akzenten* in den Band aufgenommen, für dessen Überlassung wir dem Autor herzlich danken. Da in der Ringvorlesung nur einige Aspekte der weitreichenden Amerika-Debatte behandelt werden konnten, haben die Herausgeber weitere Autoren um entsprechende Beiträge speziell für diesen Sammelband gebeten: Uta Gerhardt von der Universität Heidelberg, die sich der Stunde Null mit der Frage zuwendet, ob die Besatzung zur Amerikanisierung statt zur *reeducation* geführt habe, nicht ohne einen Blick in die Besatzungsgegenwart des Irak zu werfen; Alexander Stephan von der Ohio State University, Columbus, der sich dem „anderen Kulturkampf“ nach dem Ende des Kalten Krieges zuwendet; Bernd Wegener von der Humboldt Universität, Berlin, der die Gerechtigkeitsvorstellungen in den USA und Deutschland vergleicht, und die Herausgeber, die sich in einem eigenen Beitrag auf die Suche nach dem amerikanischen und deutschen Weg in die Dienstleistungsgesellschaft begeben.

Der Anton-Betz-Stiftung und der *Rheinischen Post* danken wir für die Förderung und die mediale Begleitung unseres Projekts. Dem damaligen und unlängst verstorbenen Kulturdezernenten der Stadt Duisburg, Herrn Gerd Bildau, und dem Leiter des Festivalbüros der Stadt Duisburg, Herrn Frank Jebavy, sind wir für die großzügige Unterstützung und die problemlose Zusammenarbeit zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Martin Goppelsröder danken wir für die künstlerische Begleitung des Projekts, die so viel Anklang gefunden hat und den Umschlag dieses Buches ziert. Schließlich gebührt unser besonderer Dank Roelf Bleeker-Dohmen für seinen unermüdlichen Einsatz bei der Organisation der Ringvorlesung und seine kompetente Unterstützung bei der Vorbereitung der Texte für die Publikation.

Duisburg, 4. Juli 2005

Hermann Strasser  
Gerd Nollmann

# Amerika – hast du's besser?

*Hermann Strasser und Gerd Nollmann*

Als Goethe sein Gedicht „Den Vereinigten Staaten“ von 1827 schrieb, das mit „Amerika, du hast es besser, Als unser Kontinent, das alte ...“ anhebt, war die amerikanische Welt noch in Ordnung, sieht man von der Sklaven- und Indianerfrage einmal ab. Ja, sie war geradezu vorbildlich, was den Aufbau von Nation und Gesellschaft betrifft, wie wenige Jahre später der französische Gesandte, Alexis de Tocqueville, in seinem Bericht *Über die Demokratie in Amerika* hervorhob. Goethe hatte vor allem den Neuanfang im Blick, der „unnützes Erinnern und vergeblichen Streit“ erspare, de Tocqueville dagegen die unausweichliche Demokratie als Regime der gesellschaftlichen Gleichheit. Also doch der von Heinrich Heine gegeißelte „Freiheitsstall bewohnt von Gleichheitsflegeln“?

Die Botschaft schien klar: An der *first new nation* solle sich das alte Europa ein Beispiel nehmen, wozu Menschen mit Glaubens- und politischer Freiheit sowie gleichen Lebenschancen fähig seien. Amerika erschien als Vorbild, für Viele als Endstation einer sehnsüchtigen Entwicklung. Dies, obwohl für die Auswanderer bis ins 20. Jahrhundert die Überquerung des großen Teiches eine Reise „Auf Nimmerwiedersehen“ war. So musste in Bayern noch im 19. Jahrhundert der, der auswanderte, die bayrische Staatsbürgerschaft ablegen. Und wer gar ohne Reiseerlaubnis seiner Heimat ade sagte, durfte nie wieder nach Bayern zurückkehren.

## **1 Jenseits von Vorbild und Endstation**

Was ist seitdem aus der Vorstellung von der „Endstation Sehnsucht“ geworden? Welchen Sinn hat die Rede vom Vorbild, gar von der Endstation einer gesellschaftlichen Entwicklung für Politik und Wissenschaft? Ist es überhaupt Aufgabe der Wissenschaft, zumal der Sozialwissenschaften, von einem Vorbild oder der Endstation einer Entwicklung zu sprechen? Oder dienen beide Begriffe eher als wenig trennscharfe Foren, auf denen sich die Diskutanten versammeln, wie das auch der Fall war, als der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 das *Ende der Geschichte* ausrief – angesichts des Triumphs der liberalen Demokratie über die erbliche Monarchie, den Faschismus und den Kommunismus? In guter amerikanischer Tradition argumentierte Fukuyama (1989, 1992), dass die liberale Demokratie so etwas wie die „Endstation der ideologischen Irrwege der

Menschheit“ und in diesem Sinne die „endgültige Form einer humanen Regierung“ darstelle.<sup>1</sup>

Hilfskonstruktionen wie diese führen nicht selten zu unproduktivem Streit. Da sind Autoren wie Seymour Martin Lipset (1997) schon vorsichtiger gewesen, wenn sie vom *American exceptionalism*, dem amerikanischen Sonderweg, sprechen und ihn historisch mit dem Hinweis auf die moderne, nicht-feudale Geburt begründen (vgl. auch Lockhart 2003, Madsen 1998).

Bis heute geht die Rede vom Vorbild und die Überhöhung der Vereinigten Staaten als Endstation einer Entwicklung einher mit einer kritischen Haltung, die früher als Anti-Amerikanismus galt und inzwischen bis in höchste politische Instanzen als offene Distanzierung gepflegt wird. So ist es kaum verwunderlich, dass die Vereinigten Staaten wie kaum ein anderes Land der Welt die Meinungen in Wissenschaft und Öffentlichkeit polarisieren.

Auf der einen Seite faszinieren unverändert die optimistische Einstellung der Amerikaner zur eigenen Lebensgestaltung, die Orientierung am Erfolg und das Eintreten für die Freiheit im Denken und Handeln. Auf der anderen Seite sind viele Europäer von den politischen Alleingängen Amerikas, der missionarischen Haltung seiner Bürger und dem vermeintlichen oder tatsächlichen Export seiner Lebensart in alle Winkel dieser Erde irritiert.

Dennoch brachte die überraschende Abkühlung im deutsch-amerikanischen Verhältnis seit 2002 keine Abkehr von Amerika. Wohl sehen die Einen darin eine gravierende politische Verwerfung, die das Nachkriegszeitalter der fraglosen Westorientierung Deutschlands zu Gunsten eines selbständigeren Weges beendet habe. Für die Anderen gibt es keinen Zweifel an den gesellschaftlichen und ökonomischen Kontinuitäten, denen auch zerstrittene Regierungen nicht dauerhaft aus dem Weg gingen. Als wirtschaftliche Großmächte, so das Argument, könnten die Vereinigten Staaten und Deutschland einander gar nicht ignorieren. Eine Gefährdung der NATO-Integration würde weitaus entschiedenere Schritte erfordern als die einmalige Solidaritätsverweigerung im Irak-Krieg. Mit der Euro-Zone ist ein Wirtschaftsblock entstanden, den auch Amerika als Handelspartner braucht – selbst wenn es der Welt, trotz der jüngsten Versöhnungsrhetorik von George W. Bush und Condoleezza Rice, demonstrativ seine Selbstgenügsamkeit zeigt und dem rasch wachsenden Handel mit dem chinesischen Wirt-

---

<sup>1</sup> Fukuyama beließ es bei dieser vorschnellen Verkündung freilich nicht und malte zehn Jahre später die ethischen und gesellschaftspolitischen Implikationen der künstlichen Menschenoptimierung durch die subtilen Methoden der Biotechnologie in *Our Posthuman Future. Consequences of the Biotechnology Revolution* (dt. *Das Ende des Menschen*, 2002) in düsteren Farben. Auch wenn es „keine ein für allemal festgelegten menschlichen Eigenschaften“ gibt, wie er schreibt, „sieht man von der grundlegenden Fähigkeit ab, selbst zu entscheiden, was wir sein wollen“, stellt sich auch hier die Frage, welchen Sinn die Rede vom Ende oder der Zukunft jenseits des Menschen hat.

schaftswunder mehr Aufmerksamkeit als dem unbequemen und zerstrittenen Europa widmet.

Unabhängig von den Launen der deutschen Regierung, so könnte man auf den ersten Blick meinen, scheint Amerika in vielerlei Hinsicht ein Vorbild zu bleiben, dem die individuellen Verhaltensweisen und technischen Errungenschaften hier zu Lande mit einem *cultural lag* folgen. In der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren es noch zehn und mehr Jahre, bis z.B. die elektrischen Fensterheber im Auto auch in Europa eingeführt wurden. In der beschleunigten und globalisierten Gesellschaft von heute lassen die globalen Produktions-, Vertriebs-, Informations- und Kommunikationsbedingungen in zunehmendem Maße Produkte gleichzeitig entstehen.

Immerhin preisen selbst Sozialdemokraten heute die Vorteile eines deregulierten Arbeitsmarktes und eines schlankeren Wohlfahrtsstaates. Nicht selten wird der Wohlfahrtsstaat in Deutschland der Zivilgesellschaft in Amerika gegenübergestellt, in der in erster Linie das Individuum und nicht der Staat die Verantwortung übernimmt, gepaart mit Spendenfreudigkeit, freiwilligem Engagement und Offenheit gegenüber dem Fremden und Neuen.

Wie die Einwanderung für die meisten Glück bedeutete, hat die Offenheit der amerikanischen Gesellschaft immer schon Macht – Macht der Gestaltung, nach innen wie nach außen – verliehen. In Deutschland wird dagegen ständig lamentiert, dass die staatliche Omnipotenz beseitigt und die Investitionsblockaden abgebaut werden müssten; gar nicht zu reden davon, dass Bildung und Forschung mehr Freiräume bräuchten, Mitbestimmung verschlankt werden müsse und Leistung vor Anspruch komme. In Amerika spricht man dagegen gerne davon, was ohne den Staat alles erreicht worden sei. Nicht selten ist vom „Herrschen, ohne zu regieren“ die Rede.

So erscheint die ökonomische und politische, die kulturelle und gesellschaftliche Hegemonie der einzigen Supermacht der Welt, auch und gerade in Zeiten außenpolitischer Sprachlosigkeit, sicherer denn je. Alexander Stephan stellt in seinem Beitrag daher auch die Frage, ob an die Stelle der in Zeiten des Kalten Krieges viel beschworenen transatlantischen Wertegemeinschaft ein neuer Systemkonflikt trete.

Für die Amerikaner scheint die Sache klar zu sein, wenn die *National Security Strategy* der Bush-Administration Freiheit und Totalitarismus gegenübergestellt und das amerikanische Wertesystem für alle Menschen propagiert werden. Da tun sich die Europäer schon schwerer mit ihrer Suche nach einer europäischen Identität, die auf dem gemeinsamen Schicksal, dem Vertrauen in die Steuerungsfähigkeit des Staates, der sozialen Gerechtigkeit und dem endgültigen Zerfall der Imperien beruht. Dieser Systemkonflikt zwischen amerikanischer Toleranz und europäischer Solidarität, einer Art von „Kampf der Kultu-

ren“, wird in seiner Tragweite nur verständlich, wenn wir bedenken, dass die Amerikaner die Nation moralisch-religiös begründen und das Recht vom Guten, d.h. von der Nation ableiten, mit der sie sich identifizieren.

Für die Europäer, wie u. a. Gret Haller (2003) und Hans-Eckehard Bahr (2003) unlängst argumentierten, könne dagegen seit dem Westfälischen Frieden das Völkerrecht nur durch Austausch und Verhandlung, Ausgleich und Verständigung zwischen den Staaten entstehen. Durch Krieg und unermessliches Leid habe man die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung gelernt, ganz abgesehen davon, dass auch die europäische Aufklärung gegen den religiösen Bürgerkrieg entstanden sei.

Wer Amerika als Vorbild oder als Endstation betrachtet, begibt sich auf einen beschwerlichen Argumentationsweg. Beide Streitwege münden gewöhnlich in die Frage, ob ein historisch gewachsenes Phänomen wie die Grundfesten einer Gesellschaft tatsächlich zur Übernahme empfohlen werden könne und eine Anpassung an das Modell mehr oder weniger unvermeidlich sei.

Zweifellos ist Amerika in Vielem Vorbild gewesen: vom Verfassungspatriotismus und von den technischen Errungenschaften über die Populärkultur bis zur Organisation der Spitzenforschung und der Netzwerkökonomie unserer Tage, in der die Wertschöpfung nach Standortvorteilen flexibel verteilt wird. In Deutschland hat das zur Diskussion über die modernen „Heuschrecken“ geführt, während Amerika den „guten Kapitalisten“ hätschelt, der seinen Reichtum wieder der Gesellschaft zugute kommen lässt.

Es gibt aber auch die Schattenseiten des amerikanischen Lebens mit Kriminalität und Gewalt, Armut und Doppelmoral der Politik, die einerseits Demokratie und Menschenrechte einfordert, andererseits diktatorische Regimes unterstützt. Man kann es auch anders sagen: das Land der unbegrenzten Möglichkeiten auf der einen Seite, das unmenschliche Gesicht der kapitalistischen Gesellschaft auf der anderen. Auch diese Erfahrung lehrt, dass kein Vorteil ohne Nachteil zu haben ist und in einer Bilanz neben den *beabsichtigten* Folgen politischen und wirtschaftlichen Handelns auch die *unbeabsichtigten* Folgen zu berücksichtigen sind.

Es wäre daher zu einfach, Amerika als Ort der fortschrittlichen Technik dem Europa der alten Kultur gegenüber zu stellen. Es ist wohl richtig, dass die Idee von Vorbild und Endstation heute wie früher von der Vorstellung gespeist wird, dass Amerika für die Möglichkeit des Neuen, auch eines neuen Lebens stehe. Insofern könnte man Amerika heute wie früher als „Imperium der Wünsche“ definieren, wie das Jedediah Purdy (2003) in seinem Buch *Das ist Amerika* getan hat.

Das programmatische Fragezeichen in „Endstation Amerika?“ deutet auch darauf hin, dass es keine Garantie auf eine amerikanische Zukunft gibt und dass

ein menschenwürdiges Leben auf mehr als eine Art möglich ist. Zu schnell würde eine Endstation zum Wartesaal, wo nur ein Umsteigebahnhof gemeint ist. Auch die ersten Auswanderer nach Amerika wollten eine bessere Welt (er)schaffen, ohne den Weg oder das Ziel genau zu kennen. Wie überhaupt die Auswanderer nach Amerika der letzten 100 Jahre zwei Dinge erfahren haben: Amerika als größte Macht der Welt, die aber nicht ihr Zentrum ist. Auch Irak und Afghanistan beweisen, dass die stärkste Macht der Welt nicht vermag, ihre Gesetze, ihre Lebensweise anderen aufzuzwingen. Denn die Kultur, wie Jean-Paul Sartre einmal schrieb, besteht in einem „ständigen Austausch, der die Nationen dazu bringt, bei anderen Nationen das zu entdecken, was diese erfunden und dann überwunden haben“ (Cohen-Solal 2005).

So mischen sich in die Metaphern von Vorbild und Endstation überlegte Zustimmung und normative Präferenz, Kritik und Gegensatz. Denn wer an Vorbilder glaubt, muss zu jemandem aufschauen, ihn bewundern. Und Bewunderung hat mit Wunder zu tun und das wäre in der Tat die Endstation, die weder Änderung noch Kritik verträgt. Das ist hier aber nicht gemeint, schon eher Meinungen und Beobachtungen, die orientieren, die Halt geben im Irrgarten der modernen Übersichtlichkeit (vgl. Köpf 1999: 5).

Wir sollten daher zuerst nach den Eigenschaften des amerikanischen Modells fragen, die sich nicht selten zu einem Gegensatz von Vorbild und Feindbild verdichten: „Amerika – zwischen Liebe und Verachtung“ (Klucken 2004). Schon Tennessee Williams hat in *Endstation Sehnsucht* das andere Amerika jenseits von „hope and glory“ ins Spiel gebracht. Neben *dem* Amerika gibt es offenbar *viele* Amerikas, das Vorbild und die missbilligte Fratze, das begeisterte und polarisierende Amerika. Einige der besonders ins Auge springenden Gegensätze wollen wir hier zusammenfassen mit der Absicht, sie in einen Zusammenhang mit der Entwicklung in verschiedenen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft zu stellen und aus den Vergleichen, jedenfalls aus deutscher und europäischer Sicht, zu lernen, nicht zuletzt dieses liebenswerte und zuweilen verhasste Amerika besser zu verstehen.

## **2 Das amerikanische Modell: Die Attraktion der Gegensätze**

Gegensätze, wie wir das aus dem Alltagsleben kennen, mögen sich anziehen, aber sie neutralisieren sich nicht. Sie bedienen, wie das beim Menschen- und Gesellschaftsvergleich nicht selten der Fall ist, geradezu unterschiedliche Bezugsgruppen. Ihre Attraktivität nimmt dadurch nicht ab, sondern, wie das amerikanische Beispiel zeigt, bei den Überzeugten sogar zu.

In den letzten Jahren haben sich die Gegensätze zu Amerika, vor allem aber die Kritik an Amerika, u. a. in der Imperium-Formel niedergeschlagen. Es gibt inzwischen alle möglichen Thesen vom Imperium Amerika, die vom „neu-

en Rom“ und dem „kürzesten Empire aller Zeiten“ über das „Imperium lite“ bis zum „liberalen Imperium“ und dem „Imperium der Wünsche“ reichen. Alle Präsidenten des vergangenen Jahrhunderts – George W. Bush, Bill und Hilary Clinton eingeschlossen – sind sich allerdings darin einig, dass die USA der einzige Staat seien, der die Macht zum Wandel besitze. Dahinter verbirgt sich freilich die Vorstellung vom universellen Auftrag Amerikas, der Welt die liberale Demokratie, nationale Selbstbestimmung und freie Märkte als Unterpfand des Weltfriedens nahe zu bringen (Purdy 2003: 65).

Halten wir uns doch mit Hilfe von Jeremy Rifkin (2004a) einen Spiegel vor die europäische Nase: Wie sehr man auch in Europa die angebliche „Wildwest-Außenpolitik“ der USA beklage, so sehr seien die Europäer „nur zu bereit, US-Truppen europäische Sicherheitsinteressen sichern zu lassen“. Auch und gerade weil die Politik der Bush-Administration nicht nur erklärten Amerika-Kritikern manchmal sauer aufstößt und die *National Security Strategy* den Konflikt geradezu herausfordert, wenn sie, wie erwähnt, Freiheit und Totalitarismus gegenüber stellt, das amerikanische Wertesystem für alle Menschen propagiert und sich nicht scheut, es ihnen auch mit Waffengewalt zu bringen.

Freilich stellen sich die Kritiker, zumal aus Europa, selbst ein Bein, wenn sie es bei dieser einseitigen Sichtweise bewenden lassen. Sie vergessen nämlich, dass Amerika, wie Dieter Thomä (2001: 10) betont, „eine demokratische Tradition hat, vor der Deutschland und Russland, aber auch Italien und Frankreich schamrot werden müssten“. Eine Tradition, die den Menschen in aller Welt, auch in Europa, schon Zuflucht gewährt hat, als ihre eigene Heimat durch Welt- und Bürgerkriege, durch Diktatur, Unterdrückung und Hunger keine Heimat mehr bot. Für Thomä ist das amerikanische Modell „viel zu stattlich, als dass man es rundweg ablehnen könnte“.

## 2.1 Gesellschaftliche Dynamik und soziale Kälte

Der vielleicht auffälligste Gegensatz – *gesellschaftliche Dynamik und soziale Kälte* – ist zweifellos die Folge des optimistischen Neuerungs- und Verbesserungsprinzips, das Chancen wichtiger werden lässt als Sicherheit – eine Sicherheit, die in der europäischen Geschichte nicht selten um den Preis der Unterdrückung, des Krieges und des Klassenkampfes zu haben war. Schon Alexis de Tocqueville (1987: 58) erkannte bei seinen amerikanischen Beobachtungen in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts: „Sind die Menschen, die in einer demokratischen Gesellschaft leben, aufgeklärt, so entdecken sie mühelos, dass nichts sie einschränkt und festhält und sie zwingt, sich mit ihrem gegenwärtigen Los zufrieden zu geben.“

Bis heute heißt Freiheit für die Amerikaner vor allem, autonom, unabhängig zu sein, d.h. nicht nur von anderen *nicht* abhängig, sondern auch nicht den

Umständen wehrlos ausgesetzt sein. Dazu seien Demokratie und individueller Wohlstand die geeignetsten Mittel. Das bestätigen auch die Ergebnisse der Ungleichheits- und Umfrageforschung: Selbst die am unteren Ende der Statusleiter stehenden Amerikaner nehmen weitaus stärker als Europäer und Japaner an, dass die Verteilung von Gütern und der Erfolg im Leben von eigenen Leistungen und harter Arbeit abhängig seien (vgl. Kluegel/Smith 1986; Nollmann/Strasser 2004). Denn, wie Bernd Wegener in diesem Band hervorhebt, es bestehe immer noch die Möglichkeit für den, der unterprivilegiert sei, nach dem helfenden Staat zu rufen.

Rifkin (2004b) bringt es in seinem provokanten Buch *Der europäische Traum* auf den Punkt: Während für die Amerikaner Freiheit vor allem Autonomie bedeute, weil Exklusivität Sicherheit garantiere, sei das europäische Freiheitskonzept auf Inklusivität, auf das Eingebundensein in verschiedene Gemeinschaften und Verbände ausgerichtet.

Freilich ist auch die Liebe zum Geld in Amerika nicht ungebrochen, wenn man an die Weltwirtschaftskrise und das von Franklin D. Roosevelt ins Leben gerufene staatliche Programm des *New Deal* denkt. Dieses technokratische Modell scheiterte aber an dem Wunsch nach Beweglichkeit, auch in der Bürgerrechts-, Frauen- und Studentenbewegung der Nachkriegszeit. Seit den *Reaganomics* der 1980er Jahre scheint Amerika wieder fest in der unsichtbaren Hand Adam Smith' zu sein. Dennoch kommen hie und da Zweifel auf, ob nicht die USA einfach versuchten, nur die Illusion aufrecht zu erhalten, man könne ungehemmt handeln und wandeln, wie Peter Sloterdijk (2005) aus seinem jüngsten Blick in den *Weltinnenraum des Kapitals* schließt.

Die kritischen Stimmen gegen die Flexibilität der dynamischen Wirtschaft des amerikanischen Turbokapitalismus mehren sich nicht zuletzt in den USA selbst. So beklagt Richard Sennett (1998: 163) das Ausgeliefertsein des Individuums, das in Gefahr sei, mit der betrieblichen Entgrenzung seine Heimat, seinen beruflichen Sinn und sich selbst im *drift* der Moderne zu verlieren. Und Jeremy Rifkin (2004a) glaubt sogar, dass es Europa besser habe, traue also den Europäern in Zukunft mehr zu und bezeichne den amerikanischen Traum als „substanzlosen Mythos“ Und schiebt gleich eine handfeste Begründung hinterher: „Es mag noch Chancen für geborene Amerikaner und Zuwanderer geben, aber der ungezügelter Aufwärtsdrang, der das amerikanische Leben bis in die frühen 1970er Jahre prägte, existiert nicht mehr. Der Graben zwischen Reichen und Armen ist immer tiefer geworden, und die Söhne und Töchter wohlhabenderer Amerikaner glauben, ein angeborenes Recht auf Glück zu haben, und sind weniger gewillt, hart zu arbeiten.“

Aus diesem Szenario des fehlenden sozialen Netzes speist sich auch die Angst vor „amerikanischen Verhältnissen“ auf dem deutschen Arbeitsmarkt

(vgl. Gersemann 2004). „Amerika ist das Land des unverfrorenen Reichtums und der ungeschützten Armut“, konstatiert auch Thomä (2001: 90). Wolfgang Streeck meint dagegen in diesem Band, die breite amerikanische Mittelschicht sei erfahrener im Umgang mit dem Leben in einem reichen Land, dessen Bürger selbst Risiken übernehmen und bewältigen könnten. Selbsthilfe und Eigeninitiative würden in der postindustriellen Arbeitsgesellschaft zunehmend wichtiger als kollektive Versorgung. „In dem Maße, wie unsere Probleme amerikanischer werden, können unsere Lösungen nicht deutsch bleiben.“

Denn zum amerikanischen Individualismus gehört nicht nur die Selbstverantwortung in der Not, sondern auch die „Individualisierung der Wohltätigkeit“ (Thomä 2001: 107). Deshalb macht es wenig Sinn, wenn die hier zu Lande geforderte „Amerikanisierung der Sozialpolitik“ darauf verzichtet, die in den USA praktizierte private Hilfsbereitschaft nicht in Betracht zu ziehen: 175 Milliarden Dollar wurden 1998 gespendet, 2005, so wird geschätzt, werden es an die 250 Milliarden Dollar sein – ein Mehrfaches des deutschen Spendenaufkommens pro Kopf. Rund die Hälfte aller Erwachsenen übernehmen in den USA freiwillige gemeinnützige Arbeiten (Thomä 2001; Gedmin 2005), in Deutschland sind es etwa ein Drittel (Rosenblatt 2001). Milton Friedman, der vielleicht radikalste Vertreter einer marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, hätte die amerikanische Welt mit dem Hinweis zu Recht gerückt, dass es die soziale Aufgabe des Unternehmens sei, Gewinne zu machen. „Je höher der Gewinn ist, desto sozialer verhält sich der Unternehmer.“

Und wiederum gilt es, die Kehrseite dieses Individualismus nicht außer Acht zu lassen, die die Selbstverantwortung überbetont, wenn sie z. B. Kinder juristisch wie Erwachsene behandelt. „Unsere größte Macht“, schreibt Purdy (2003: 100), „liegt in dem, was wir darstellen: Prinzipienfestigkeit, Großzügigkeit und Bescheidenheit oder Opportunismus, Egoismus und vermeintliche Unschuld. An unseren Handlungen lässt sich ablesen, was von der Zukunft zu erwarten ist.“

Während Sennett die Schwächen des amerikanischen Modells unter globalen Vorzeichen beklagt, in dem die Schwachen dem Wandel der Moderne hilflos ausgeliefert seien, machen sich Rifkin und andere Sorgen um den Verlust der protestantischen Tugenden.

Sogar Samuel P. Huntington (2004) sah sich jüngst veranlasst, die Identitätsfrage zu stellen: *Who Are We?* In der Hispanisierung der USA glaubt er langfristig eine Spaltung in zwei Kulturen zu erkennen, weil sich die heutigen Zuwanderer im Gegensatz zu früheren Generationen nicht assimilierten, in bestimmten Gebieten konzentrierten und die angelsächsisch-protestantischen Werte und damit den Kern des „amerikanischen Traums“ ablehnten. Vielleicht hätte er die Kirche im Dorf lassen sollen, denn das Credo der Amerikaner ist ja nie

eine für alle geltende Kultur gewesen, vielmehr die Überzeugung, dass man mit- und nebeneinander leben könne, solange die Werte der freiheitlichen Gesellschaft respektiert würden (vgl. Wolfe 2004). Oder er hätte einfach bei de Tocqueville (1987: 58) nachschlagen sollen, wo es schon heißt: „Sie nehmen sich also alle vor, sich zu entwickeln, und wenn sie frei sind, versuchen sie alle, dies zu tun, aber nicht allen gelingt es in der gleichen Weise.“ Europa, hast du's wirklich besser?

## 2.2 Toleranz und Fundamentalismus

Ein weiterer Gegensatz hat mit eben dieser Kultur zu tun und verbindet *Toleranz und Fundamentalismus*. Die sprichwörtliche Religiosität der Amerikaner ist das Erbe ihrer Gründerväter, die in der Mehrheit als protestantische Auswanderer aus Europa kamen. Die Säkularität der Alten Welt wird dagegen gern als fortschrittlich gegenüber den fundamentalen Glaubensbekenntnissen, die sich derzeit exemplarisch im amtierenden US-Präsidenten widerspiegeln, hingestellt. Seine Außenpolitik gilt vielen Europäern auch als Ausdruck eines fanatischen Fundamentalismus<sup>7</sup>.

Claus Leggewie geht in seinem Beitrag zu diesem Band einen Schritt weiter als z.B. Rifkin (2004a), der den amerikanischen Traum „untrennbar verbunden“ sieht mit dem religiösen Erbe und tiefen spirituellen Glauben“ seines Landes: Die Religiosität der Amerikaner bleibe eingebettet in einer demokratischen Politik, werde dadurch in Zaum gehalten und sei von einer Machtübernahme im Sinne einer Theokratie weit entfernt. Im Gegensatz zu Europa basiere die amerikanische Religiosität nicht auf Glaubenskämpfen, Hierarchien und staatlicher Bevormundung. Vielmehr konkurrierten die einzelnen Glaubensgemeinschaften in einem „freien Wettbewerb“. Wie in der Ökonomie spielten auch in der Religion die *Angebote* eine wichtigere Rolle als die *Anrechte* – ein Phänomen, das für Europäer vielfach nur die Kommerzialisierung der amerikanischen Verhältnisse verdeutliche und sie die amerikanische Religiosität als eine Art *McJesus*, als „Nachfrage-Diakonie“ im Sinne von Peter L. Berger wahrnehmen lasse.

Wie die Idee der ökonomischen Chancen fungiert auch der freie Wettbewerb in Glaubensfragen als Klammer der uneinheitlichen amerikanischen Gesellschaft. Die Vielfalt der religiösen Orientierungen bleibt insofern kein bloßes Nebeneinander, als die amerikanische Identität sich gerade aus der gegenseitigen Toleranz der Religionsgemeinschaften speist, die wiederum auf dem amerikanischen Traum der Vielfalt in Einheit aufbaut. Dass dieser Traum über die Glaubensgrenzen hinweg geträumt werden konnte, hat nicht zuletzt mit der Übereinkunft zu tun, weder eine Kirche als Staatskirche noch eine Religion als Staatsreligion zu etablieren. Das bestärkt nicht nur die amerikanische Überzeugung, *one nation under God* zu sein, sondern hat auch eine Spiritualisierung der

Politik zur Folge, die es jeder Opposition schwer macht, Kritik zu üben. Denn mit Gott diskutiere man nicht, wie Adriane Kreye (2004) betont.

So verwundert es auch nicht, dass man in Amerika für den Kopftuchstreit der Europäer nur ein müdes Lächeln übrig hat, während ein versehentlich entblößter Busen einer Sängerin bei der *Super Bowl* moralische Empörung auslöst. Wie überhaupt die Moralapostel in Amerika zu allen Zeiten Saison haben und sich nicht scheuen, *im Namen des Lebens* Abtreibung und Sterbehilfe anzuprangern, aber Folter und Todesstrafe zu befürworten.

### 2.3 Friedensmissionen und Kriegstreiberei

Diese Verbindung von Gott und Welt speist nicht zuletzt die missionarische Haltung vieler Amerikaner, die oft weit über das Religiöse hinausgeht. Purdy (2003: 84) gibt zu: „Die bedenklichste Eigenschaft von uns Amerikanern ist der Glaube an unsere Universalität und Unschuld. Dieser Glaube macht uns blind für die Macht und die durch sie hervorgerufenen Ressentiments. Wir verlieren den Blick dafür, was wir anderen antun.“ Diese Eigenschaft lässt uns einen weiteren Gegensatz erkennen, in dem sich aktive *Friedenssehnsucht* und das sprichwörtliche Ausgraben des *Kriegsbeils* verbinden.

Die Größe und Vielfalt, aber auch der Glaube an die ständige Wandlungsfähigkeit macht die Vereinigten Staaten weitaus weniger überschaubar als andere Länder der Erde. So ist auch erklärbar, dass viele Amerikaner nicht viel wissen von der Welt außerhalb ihrer Staatsgrenzen. Oben Kanada – ein Land, das den USA in vielerlei Hinsicht ähnelt – unten Mexiko – ein Land, dessen Menschen man in erster Linie an den Grenzen abzuweisen sucht – und links und rechts die Weiten der Ozeane. Meere können im wahrsten Sinne des Wortes schützen und trennen. Mit den Meeren, so scheint es, haben die Amerikaner fern gehalten, was ihnen nicht passt, und sich gegenüber allem geöffnet, was zu ihnen passt. Diese Lage ist kaum vergleichbar mit der Deutschlands oder anderer Staaten. Aber sie ist *eine* Ursache des amerikanischen Selbstverständnisses.

Eine *andere* ist, dass die USA sich um das, was andere machen, weniger kümmern als die Anderen darum, was die Amerikaner machen.<sup>2</sup> Und weil sich Amerika bis 1989 in „wohlmeinender Hegemonie“ um die Bundesrepublik Deutschland gekümmert hat, sich jetzt aber der Westen auflöst, jedenfalls das

---

<sup>2</sup> Wie überhaupt eine verzerrte Wahrnehmung im transatlantischen Verhältnis auf beiden Seiten des Ozeans eine nicht unerhebliche Rolle zu spielen scheint: So sehen viele Menschen in den USA immer noch die größte Volkswirtschaft der Welt, auch wenn die EU inzwischen nicht nur der größte Binnenmarkt, sondern auch die größte Exportmacht ist. Mit dem Zusammenwachsen der EU-Staaten ändern sich aber die Bezugsgrößen, was z.B. einen Vergleich von Deutschland und Großbritannien mit den wirtschaftlich stärksten US-Bundesstaaten Kalifornien und New York nahe legt und realistischere Einsichten entstehen lässt als der übliche Nationenvergleich (Rifkin 2004a).

alte Bündnisgeflecht seine Kraft verliert, ist nicht zuletzt Deutschland in Gefahr, als „eine Republik ohne Kompass“ durch die „Korridore des Chaos“ zu irren (Schwarz 2005b).

Amerikas Kampf gegen den Terror, der zu zwei großen Kriegen führte, hat seinem Ansehen geschadet, auch wenn die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten George W. Bush Recht zu geben scheinen. Allerdings ist das nicht neu. Im Zusammenhang mit dem Irakkrieg sprachen Viele von einem „neuen Vietnam“. Neu ist vielmehr, dass sich mit dem Kampf gegen den Terror ein religiöses Sendungsbewusstsein zu verbinden scheint, für das insbesondere der amtierende Präsident steht. „Gott hat uns aufgerufen, unser Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen“, verkündete der bekennende Methodist im Vorfeld des Irakfeldzuges (*Der Spiegel* 8/2003). Das irritierte nicht nur die meisten Europäer, in der islamischen Welt hat diese Botschaft der These vom neuen Kreuzzug der USA Nahrung gegeben.

Religiöse Motive waren aber schon immer, wenn auch nicht in dieser Deutlichkeit, Begleitmusik amerikanischer Außenpolitik. In dem zutiefst säkularen Konflikt zwischen der UdSSR und den USA sprach der damalige US-Präsident Ronald Reagan vom Gegner als dem „Reich des Bösen“. Aktuell bedient sich der US-Präsident unverhohlen religiöser Motive, um die Unfehlbarkeit seines Tuns zu unterstreichen.

Claus Leggewie (2004) relativiert allerdings die Annahme, es sei tatsächlich religiöser Fundamentalismus, der die Bush-Administration kennzeichne. Was die US-Außenpolitik seit 2001 antreibe, sei weniger ein Kreuzzug gegen den Islam als eine verunglückte Neuauflage jenes Internationalismus, den Bushs Vorgänger Woodrow Wilson schon im Ersten Weltkrieg formuliert hatte. Allerdings verschleiert dieses demokratische Sendungsbewusstsein, dass die US-Außenpolitik auch weltliche Ziele verfolgt: neben reinen Sicherheitsfragen die Sicherung von Rohstoffen, im arabischen Raum den Zugang zum Erdöl.

Man darf nicht in den Fehler verfallen, Amerika und seine Außenpolitik zu idealisieren. Denn, wie der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Beitrag zu diesem Band hervorhebt, unterschieden sich die USA nicht von den früheren Kolonialmächten. Dass ein großer Staat strategische Ziele verfolgt, ist ohnehin kaum verwunderlich. Die USA tun das auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene mit Erfolg und mit nachhaltigen Auswirkungen auf andere Länder. Ihre Stärke ermöglicht den Vereinigten Staaten, ihre strategischen Interessen weitaus unmittelbarer umzusetzen als andere Staaten. Einfuhrzölle, Alleingänge gegen den Klimaschutz und die unverhohlene Drohung, jederzeit an jedem Ort militärisch eingreifen zu können, sind die Folge davon. Der Hass in der arabischen Welt ist letztlich der gleichen Hilflosigkeit gegenüber der amerikanischen Dominanz geschuldet, wie das vermeintliche Gefühl der „Amerikanisie-

„Angloglobalisierung“ vieler Menschen rund um den Erdball, so sehr man auch die empirische Stimmigkeit dieses Arguments in Zweifel ziehen mag.

Der Widerstand der arabischen Welt hat auch mit dem ausgeprägten historischen Gedächtnis der Araber zu tun, das noch heute die schmerzliche Erinnerung an die westliche Dominanz und Demütigung durch die Kreuzzüge und Napoleons Einfall in Ägypten sowie die späteren Einflussnahmen der Engländer und Amerikaner wach hält.

Dazu kommt, dass Amerika mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere Länder, vor allem dort, wo es für Freiheit und Idealismus steht. Diese Maßstäbe haben offenbar auch damit zu tun, dass sich berechtigte Kritik immer wieder mit plumpem Antiamerikanismus verbindet. In Deutschland rührt so mancher Widerwille gegen die USA nicht erst von den Bildern aus Abu Ghraib oder – wie vor über 30 Jahren – aus Vietnam her. Er beruht bei einigen auch auf antimodernistischen Motiven, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Vor allem aber beruht er auf den Erfahrungen der verlorenen Weltkriege des 20. Jahrhunderts und der damit einhergehenden Demütigung, die bei vielen älteren Deutschen oft nachhaltiger wirkt als das Gefühl, befreit worden zu sein. Einen anderen Grund liefern die extremen Linken und Rechten, die die Parteinahme im Kalten Krieg kritisierten, während die Proteste gegen die Aufrüstung mit der Angst und der nationalen Empörung zu tun hatten, Deutschland werde als Vorposten der NATO (und damit der USA) missbraucht. Seit 1989 ist es wiederum die Wahrnehmung einer unipolaren Weltordnung mit einem Cowboy als global agierendem Sheriff, die die antiamerikanischen Ressentiments befördert. Dass der Antiamerikanismus oft nur wenig mit dem konkreten Handeln der Amerikaner bzw. der amerikanischen Politik zu tun hat, aber um so mehr mit dem Status Amerikas als „halluziniertes Gegen-Europa“ zeigt auch Andrei S. Markovits (2004) in seinem neuesten Buch *Amerika, dich hasst sich's besser*.

Es ist kaum zu bestreiten, dass die US-Armee vor allem dort eingreift, wo amerikanische Interessen berührt werden, nach dem Motto *America first*. Dementsprechend fallen auch die Protestslogans aus: „Kein Blut für Öl!“. Dan Diner (1993: 159) erkennt darin die „altbekannten Denunziationsmuster“. Der „kalte Utilitarismus“, der „typisch angelsächsische Widerspruch zwischen Recht und Macht, Interesse und Moral“ erscheinen dann als besonders schmutzig – „das ständige Bemühen um Balance zwischen handlungsleitenden Grundsätzen und praktischen Anforderungen“ freilich, das die amerikanische Lebensweise auf vielen Ebenen und auch auf der der Außenpolitik leitet, werde dabei freilich außer Acht gelassen.

Die Frage, wie sich Ideale und Realität in der amerikanischen Gesellschaft niederschlagen und was wir für die Gestaltung der eigenen Gesellschaft daraus

lernen können, haben sich auch die Autoren der folgenden Beiträge gestellt. Wir fassen sie hier kurz zusammen und übergeben ihnen dann das Wort.

### 3. Die Beiträge

Die einzigartige Kompetenz der Sozialwissenschaften liegt darin, menschliches Verhalten realitätsnah zu erfassen und Hypothesen über die Folgen dieses Verhaltens zu formulieren. Die Sozialwissenschaften haben ihr diesbezügliches Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft. Mit welchem großem Interesse, ja geradezu neidvoll z. B. Ökonomen mit ihren einseitigen Begrifflichkeiten inzwischen auf die Breite und Offenheit der sozialwissenschaftlichen Begriffswelt schauen, ist bemerkenswert. Umgekehrt leiden die Sozialwissenschaften an ihrer „multiplen Paradigmatase“, wie Niklas Luhmann sie nannte, und empfinden diese chronisch als Krise. Die Sternstunde der Sozialwissenschaften wird, so unsere feste Überzeugung, erst noch kommen – allerdings nur dann, wenn konsequent an der Aufgabe festgehalten wird, geglaubte Ursachen und tatsächliche Folgen menschlichen Verhaltens in den verschiedenen Lebensbereichen und Gesellschaften dem subjektiven Sinn der handelnden Menschen entsprechend zu erforschen.

Diese Diagnose betrifft auch Amerika als Forschungsgegenstand und erinnert an Max Webers (1985: 348f.) Mahnung, mit logisch geformten Begriffen wie „die Vereinigten Staaten“ äußerst vorsichtig umzugehen:

„Komplizierter aber steht es mit dem Verhältnis zwischen dem Rechtsbegriff »Vereinigte Staaten« und dem gleichnamigen empirisch-historischen »Gebilde«. Beide sind, logisch betrachtet, schon deshalb verschiedene Dinge, weil in jedem Fall die Frage entsteht, inwieweit das, was vom Standpunkt der Rechtsregel aus an der empirischen Erscheinung relevant ist, es auch für die empirisch-historische, politische und sozialwissenschaftliche Betrachtung bleibt. Man darf sich darüber nicht durch den Umstand täuschen lassen, dass beide sich mit dem gleichen Namen schmücken. – »Die Vereinigten Staaten sind, den Einzelstaaten gegenüber, zum Abschluss von Handelsverträgen zuständig.« »Die Vereinigten Staaten haben demgemäß einen Handelsvertrag des Inhalts a mit Mexiko abgeschlossen.« »Das handelspolitische Interesse der Vereinigten Staaten hätte jedoch den Inhalt b erfordert.« »Denn die Vereinigten Staaten exportieren von dem Produkt c nach Mexiko die Quantität d.« »Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten befindet sich daher im Zustande x.« »Dies muß auf die Valuta der Vereinigten Staaten den Einfluß y haben. In den 6 Sätzen hat das Wort »Vereinigte Staaten« einen jedesmal verschiedenen Sinn.“

Weber hielt nichts von unklaren Kollektivbegriffen und mahnte in dieser Ansicht sehr eindringlich, jeden Begriff auf die von ihm implizierten logischen Operationen (und das sind im Regelfall solche der ursächlichen Zurechnung), also auf seine kulturell geformte Verwendungsweise zu überprüfen, anstatt ihn einfach als gegeben hinzunehmen.

Diese Forderung gilt umso mehr für die Thematisierung von Amerika, seiner Vorzüge, Merkmale und Probleme – in der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit nicht minder als in den Massenmedien. Das Wissen, das Menschen heute über Amerika haben, stammt zum überwiegenden Teil aus den Massenmedien (vgl. Luhmann 1996). Die massenmedialen Prioritäten sind so einseitig auf Neuigkeit und Konflikt ausgelegt, dass der Sozialwissenschaftler sich nicht selten in der Rolle des Korrektors wieder findet, vielleicht sogar seine zukünftige Rolle so verstehen soll und muss.

Dementsprechend sind auch die folgenden Beiträge darum bemüht, dort, wo von „der Endstation“ und „dem Vorbild“ die Rede ist, diese Begriffe zu präzisieren und zu differenzieren. Dem vorliegenden Sammelband geht es nicht darum, die „Pros“ und „Cons“ mit Blick auf Amerika auszutauschen. Keiner der Beiträge versteht sich als Tirade, aber auch keiner als Eloge. Unser Ziel ist es vielmehr, die Deutschland, Europa und Amerika interessierenden Themen durch Expertenbeiträge zu besetzen, um die jeweilige Forschungslage mit höchster Aktualität, empirischer Sättigung und in allgemein verständlicher Form darzulegen, d.h. sozialwissenschaftliche Innen- und Außenansichten im besten Sinne des Wortes zu präsentieren. Unsere Priorität liegt in differenzierten Betrachtungen und weniger in den weit verzweigten Konfliktlinien, auch wenn wir sie nicht vernachlässigen oder in ihrer Berechtigung anzweifeln wollen.

So bekennt sich *Helmut Schmidt* angesichts der aufgeheizten Diskussion offen als Freund der Amerikaner und spart gleichwohl nicht mit Kritik an den Fehlern der amerikanischen Außenpolitik. Gefragt, wohin er gehen würde, wenn er Deutschland verlassen müsste, antwortet er ohne Umschweife, dass er trotz Enttäuschungen nicht zögern würde, Amerika zu wählen – wegen seiner Vitalität und Großzügigkeit. Für ihn sind die Auswanderer die „Vitalitätseelite Europas“, die offenbar ihre Gene weitergegeben haben. Dennoch bedauert er, dass – überblickt man das letzte halbe Jahrhundert – der Einfluss der Europäer heute kleiner sei denn je.

Sein Plädoyer für einen verständnisvollen Umgang mit dem heutigen Amerika kleidet er in eine doppelte Perspektive: Einerseits nimmt er eine autobiografische Position ein und schildert, wie sich aus seinen eigenen reichen Erfahrungen der Blick Amerikas auf die Welt in den letzten Jahrzehnten entscheidend gewandelt hat. Andererseits erinnert er die Deutschen und Europäer insgesamt